



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

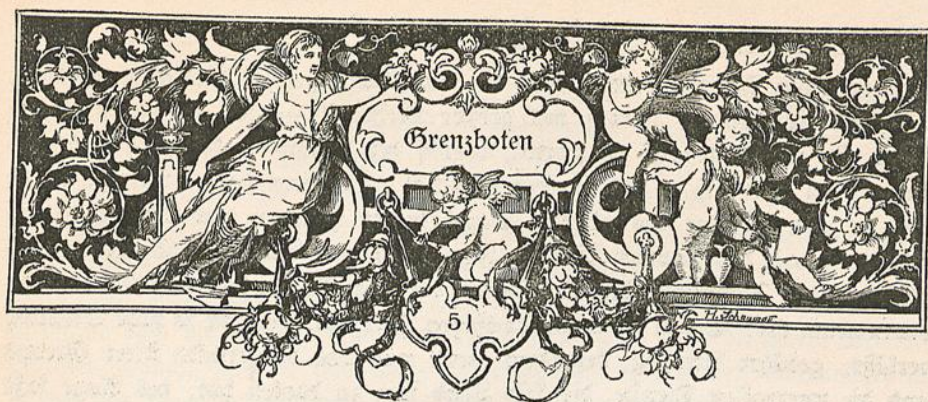
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nach der Entscheidung in Paris.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nach der Entscheidung in Paris.

N
 it sehr gemischten Gefühlen sah man in den letzten Wochen die Krisis in Frankreich sich entwickeln. Es war ein ungemein hartnäckiger Totekampf, in welchem die Präsidentschaft des Herrn Grevy von hinnen schied, ein Schauspiel halb kläglicher, halb lächerlicher Art, das an die rabbinische Legende von Moses erinnerte, welcher dem Todesengel Samael durchaus nicht folgen wollte und ihn mit allen möglichen Mitteln abzuwehren versuchte. Ein Ertrinkender griff krampfhaft nach Strohhalmen, die auf der Fläche des Wassers schwammen, ein allgemein Aufgegebener vermochte sich selbst nicht als verloren zu betrachten und pflanzte noch am Grabe die Hoffnung auf. Erst spät ergab er sich in das Unvermeidliche, verzichtete und rettete so wenigstens einen Rest seiner Würde. Herr Grevy erklärte, durch eine Botschaft seine Entlassung nehmen zu wollen, wurde dann wieder zweifelhaft, ob ers müsse, da die öffentliche Meinung sich ihm günstiger gestaltet zu haben schien (in Wirklichkeit war es nur die Furcht der Radikalen und der Revanchepolitiker vor einer Wahl Ferrys zu seinem Nachfolger, die ihn jetzt zum Bleiben aufforderte), zögerte von neuem und unterließ die Botschaft, die bereits auf den Donnerstag den Deputirten vom Ministerpräsidenten angekündigt worden war. Da zwang ihn die Kammer zu dem Entschlusse, den er freiwillig nicht fassen konnte. Er hatte der öffentlichen Stimme nicht nachgeben, er hatte den Ratschlägen der Minister und Parteiführer, die er über seine Lage und seine Pflicht befragt, nicht folgen, er hatte die Umstände, die seinen Namen und seine amtliche Würde in einen Skandal hineingezogen und besleckt hatten, nicht berücksichtigen wollen; jetzt erlag er dem zwar verhüllten, aber immerhin unverkennbaren Tadelsvotum, welches die Volks-

Grenzboten IV. 1887.

ammer gegen ihn aussprach. Als die von ihm zugesagte Botschaft ausblieb, und als die Kammer darauf mit großer Mehrheit — 531 Stimmen — erklärte, sie gedenke darauf zu warten, begriff der Präsident, daß das Ende gekommen sei und daß er sich in sein Schicksal zu ergeben habe. Infolge dessen ließ er am Morgen des nächsten Tages beiden Häusern eine Mitteilung zugehen, die mit den Worten schloß: „Ich lege hiermit den Büreaux meinen Verzicht auf die Funktionen des Präsidenten der französischen Republik vor.“ *Consummatum est!* Einem verfassungsmäßigen Herrscher, der eine so hohe Stellung verläßt, gebührt Achtung, besonders wenn man das vorgerückte Alter Grevys und die wertvollen Dienste, die sein Land ihm zu danken hat, ins Auge faßt und der Regel eingedenk ist, die von den Toten nur Gutes zu sagen erlaubt. Auch mangelte es seiner Botschaft nicht an Takt und Würde. Gleichwohl müssen wir sagen, daß dieser Abschiedsbrief nur dünn eine verdrießliche Selbstsucht verschleiert, das Volk und seine Vertretung als sich widersprechend darstellt und in ungenügendem Maße der traurigen Umstände und Vorfälle Erwähnung thut, welche den unerwarteten Sturz herbeiführten. Es war sehr zu wünschen, daß der Präsident sich in der Botschaft entschieden von seinem unseligen Schwiegersohne lössagte. Statt dessen begnügte er sich mit Schweigen über ihn. Er beginnt: „So lange ich nur mit den Schwierigkeiten, die sich in der letzten Zeit auf meinem Pfade häuften, mit den Angriffen der Presse, der Abwendung der Männer, welche die Stimme der Republik an meine Seite rief, und der zunehmenden Unmöglichkeit, ein Ministerium zu bilden, zu kämpfen hatte, kämpfte ich weiter und verblieb, wo die Pflicht mich bleiben hieß.“ Dann beklagt er sich über das gebieterische Votum der Kammer, welches in dem Augenblicke ergangen sei, wo die öffentliche Meinung sich zu seinen Gunsten verändert habe, und nennt es eine Aufforderung zum Rücktritte. Er würde, sagt er, ferner aus verfassungsmäßigen Gründen „nach Pflicht und Recht“ widerstanden haben, wenn er nicht durch die Abneigung, einen Konflikt zwischen dem Parlament und der ausübenden Gewalt hervorzurufen, zurückgehalten worden wäre. „Klugheit und Vaterlandsliebe — fährt er fort — gebieten mir jetzt, nachzugeben,“ worauf er in Betreff der Folgen des ihm aufgezwungenen Schrittes seine Hände in Unschuld wäscht und die Verantwortung für einen solchen Präzedenzfall und seine möglichen Folgen denen überläßt, welche sie übernehmen. Hier ist die Stelle, wo Herr Grevy sich erinnern mußte, daß die Beschuldigungen gegen Wilson, so lange sie nicht gerichtlich als grundlos erwiesen waren, die Ehre Frankreichs besudelten und nicht aus verfassungsmäßigen Rücksichten beiseite gelassen werden durften. Er mußte sich, wenn er dazu fähig war, zu denen gesellen, welche behaupten, die Republik sei bereits zum Untergange reif, wenn sie nicht moralisch reiner als das Kaiserthum sei. Die eigentliche Frage, der hier ins Gesicht zu sehen war, lautete: Hatte er seinen Schwiegersohn aus Parteilichkeit mit seinem Ansehen zu decken versucht oder aus Überzeugung, er

sei völlig unschuldig? Die Botschaft gleitet über diese Hauptfrage viel zu leicht hinweg und sucht in ihren Schlusssätzen mit Pathos Frankreich gegen seine gesetzmäßigen Vertreter aufzuregen. „Ich lege — so heißt es da — ohne Bedauern, doch nicht ohne Trauer die Würde nieder, zu der ich zwei mal ohne mein Zutun erhoben wurde, und in der ich mir meine Schuldigkeit gethan zu haben bewußt bin. Dafür rufe ich Frankreichs Zeugnis an. Frankreich wird sagen, daß meine Regierung dem Lande neun Jahre hindurch den Frieden, die Ordnung und die Freiheit erhalten, daß sie Frankreich über die ganze Welt hin geachtet gemacht, daß sie unablässig an seiner Hebung gearbeitet hat und es inmitten des bewaffneten Europas in einer Verfassung verläßt, in der es seine Ehre und seine Rechte zu verteidigen vermag. Sie ist außerdem imstande gewesen, im Innern die Republik in den weisen Geleisen zu erhalten, die für sie durch die Interessen und Wünsche des Landes vorgezeichnet sind. Frankreich wird sagen, daß ich zum Danke dafür von dem Posten entfernt worden bin, auf den sein Vertrauen mich gestellt hat.“

Hierin liegt ohne Zweifel manches, dem das Gewissen der Franzosen zustimmen wird, und es war nur in der Ordnung, daß beide Häuser des Pariser Parlaments die Abschiedsworte ihres betagten Präsidenten mit einem tiefen Schweigen, das mehr Hochachtung als Groll bedeutet haben wird, vorlesen hörten. Die Eigenschaften des grauhaarigen Advokaten, der plötzlich aus Halbdunkel auf die Höhe des Staatshauptes erhoben wurde, obwohl er kein glänzender und ungewöhnlicher Geist, sondern wenig mehr als „gesinnungstüchtig“ war, haben in der That im großen und ganzen Gutes bewirkt. Sein nächster Vorgänger spann Ränke zur Änderung der Regierungsform und hätte, wenn die weiße Fahne Graf Chambords nicht gewesen wäre, die Rolle Monks gespielt. Thiers, der Vorgänger Macmahons, trug auf seinen Schultern die an Deutschland gezahlten Milliarden und an seinen Händen das Blut der Pariser Kommunarden. Grevy brachte mit sich ruhige Zeiten und feste Anhänglichkeit der Mehrzahl der Franzosen an die Republik, der er in seiner politischen Denkweise und Führung ein Beispiel hinterlassen hat, was ein parlamentarisch beschränkter Regent sein soll. Er zögerte nicht, kaiserliche und königliche Prinzen zu verbannen, als die Interessen der Republik es zu erfordern schienen. Mit unstörbarem Gleichmut nahm er jedes Ministerium an, welches die Kammer ihm zuwies. Er war einfach und demokratisch in seinem Privatleben, wie es sein Amt verlangte, und mehr als einmal führte er den Staat ohne Schaden neben schweren politischen Gefahren hin. Noch jetzt hat kein Hauch von Verdacht unsauberer Selbstsucht den Expräsidenten persönlich gestreift, kein Vorwurf ihn getroffen, als der zu großer Liebe zu seiner Familie. Es ist möglich, daß man einmal bedauert, ihm das nicht verziehen zu haben. Wir begegnen in den letzten Worten seiner Botschaft einem aufrichtigen Patriotismus und Befürchtungen, die augenscheinlich von Herzen kommen. Es heißt da: „Indem ich aus dem poli-

tischen Leben scheide, spreche ich nur einen Wunsch aus: möge die Republik nicht von den auf mich gezielten Schlägen getroffen werden, möge sie siegreich aus den Gefahren hervorgehen, denen man sie zutreibt.“ Grevy war von Anfang an gewiß aus persönlichen, aber ebenso gewiß auch aus konstitutionellen und überhaupt aus politischen Gründen, aus Scheu vor Übertreibung des Parlamentarismus abgeneigt, dem Verlangen, er möge sein Amt niederlegen, nachzugeben. Er war der Meinung, daß ein Präsident der Republik nicht zugeben dürfe, daß über sein Amt durch ein Kammervotum verfügt werden könne. Seine Theorie war, daß das Oberhaupt der Republik über den Streitigkeiten und Kombinationen, über dem Ränkespiel und dem steten Wechsel der Kammern stehen müsse als ein Bleibendes und Unnahbares bis zu Ende der Periode, für die er gewählt sei, etwa wie ein konstitutioneller Monarch mit seiner Unverantwortlichkeit, und daß durch freiwilligen Rücktritt einen Präzedenzfall für das Gegenteil zu schaffen, der Stabilität der Republik für die Zukunft Abbruch thun hiesse — eine Ansicht, für die sich allerdings so viel sagen läßt, daß es ungesagt bleiben kann. Wie weit diese Meinung durch Stolz und Verdruß befestigt und bestärkt wurde, bleibe dahingestellt. Als indes Rouvier sein Entlassungsgesuch einreichte und dann die hauptsächlichsten Führer der republikanischen Fraktionen einer nach dem andern ablehnten, irgend eine andre amtliche Stellung anzunehmen als die des Vermittlers der Unterwerfung und des Rücktrittes des Präsidenten von seinem Posten, verzweifelte Grevy für einen Augenblick und versprach, seinen Abschied zu nehmen, und zwar mit würdigen Worten und einer Warnung für die Franzosen, daß dieser Akt ihm aufgenötigt worden sei und ernste Folgen für das Land haben könne. Darauf begann sofort die vorbereitende Arbeit der Parteien zur Wahl eines neuen Präsidenten, das Suchen nach Kandidaten, das Sichten und Wägen derselben, und dabei stellte sich sehr bald heraus, daß hinter der Krisis ein Chaos von sich bekämpfenden ehrgeizigen und eifersüchtigen Strebereien lag. Bei einer Präsidentenwahl hat der Kongreß, d. h. Senat und Deputirtenkammer zu einer Körperschaft verschmolzen, etwa neunhundertundfünfzig Stimmen abzugeben, und dabei bilden die republikanischen Gruppen natürlich die Mehrheit, doch nur, wenn sie sich über einen gemeinsamen Kandidaten verständigen oder die Rechte überreden können, den von der Linken am meisten begünstigten Kandidaten ebenfalls zu unterstützen. Die Republikaner geboten in diesem Falle über keins von diesen notwendigen Erfordernissen, keiner der in Vorschlag kommenden Namen versprach alle oder auch nur genügend viele Stimmen der Partei auf sich zu vereinigen, auch Ferry nicht, doch hatte er vergleichsweise die meisten Aussichten. Aber diesen Staatsmann, der die Dreistigkeit gehabt hat, General Boulanger „einen St. Arnaud der Ringeltangel“ zu nennen, Grevys Nachfolger werden zu sehen, war, so sehr die Chauvinisten und Radikalen den bisherigen Präsidenten auch gehaßt und geschmäht hatten, für Derouledes und Rocheforts Anhang ein Fallen aus der Bratpfanne ins

Feuer. Ein neuer Schrecken kam über die extremen Geister, das Entsetzen vor der Wahrscheinlichkeit, daß die Verwirrung mit der Wahl des klügsten und zugleich mutvollsten und thatkräftigsten unter den Kandidaten endigte, über welche man zu verfügen hatte. Diese Angst charakterisirte sich in dem Geschrei: *Vivent Grévy et General Boulanger!* das man die Massen vor dem Palais Bourbon ausstoßen hörte, als purer Wahnsinn; denn nie zuvor war ein vernünftiger Mensch auf den Gedanken geraten, diese Namen zu verbinden, vielmehr wußte alle Welt, daß Grévy geäußert hatte, wenn Boulanger, der Held der Boulevards, durch die eine Thür des Elysée trete, werde er durch die andre hinausgehen. Aber auch die Radikalen Clemenceaus hatten jetzt begriffen, daß sie es mit ihrer Agitation gegen Grévy zu arg getrieben und damit vermutlich nur dem für sie weit schlimmern Tonkinois den Weg zur Präsidentschaft gebahnt und geöffnet hatten. Sie wendeten sich in ihrer Presse zu Grévy zurück, und zu gleicher Zeit erschien bei diesem eine kleine Deputation aus dem Senate, um ihn zum Verbleiben im Amte zu ersuchen. Er sah in dieser Umkehr aus Furcht vor Ferry rückkehrende Achtung und Anhänglichkeit für sich selbst, stockte in seinem Entschlusse und dachte ebenfalls umzukehren. Vielleicht hoffte er, sich jetzt mit einer Auflösung der Kammer helfen zu können, vielleicht zog er es vor, sich lieber absetzen zu lassen als zu verzichten, vielleicht auch erwartete er, den Anfang zu einer rückläufigen Bewegung wachsen und allgemein werden zu sehen, wenn man sich das Chaos, das ihm bei seinem Weggange folgen zu wollen schien, deutlicher vergegenwärtigte; gewiß ist nur, daß der Präsident am Mittwoch anderer Meinung wurde, damit seine Minister in ein etwas lächerliches Licht brachte und statt mit der vollen Würde, die ihm als Staatsoberhaupt ziemte, sein Amt niederzulegen, nur dem äußersten Zwange vonseiten der Volkskammer wich. Sein schließlicher Rücktritt war kein Gehen nach Wahl, er war das Hinauskomplimentirtwerden eines sich Sträubenden durch die ihm geöffnete Thür, und die Würde war nicht auf seiner Seite, sondern auf derjenigen der Volkskammer.

Als Grévy in dieser mindestens unschönen Weise sich verabschiedet hatte, fand Frankreich wieder einmal — wohl zum zwanzigsten male in seiner neuesten Geschichte —, wie viel leichter es ist, zu zerstören, als zu bauen oder wiederherzustellen. Paris war in hoher Aufregung, und der Pöbel konnte nur durch Militär von Ausschreitungen abgehalten werden. Es schien kein gutes Anzeichen zu sein, daß die Krisis, welche sich in den Vorbereitungen zur Wahl eines neuen Präsidenten fortsetzte, gerade an einem 2. Dezember, einem Jahrestage des Staatsstreiches gipfelte, mit welchem Louis Napoleon der vorhergehenden Republik den Todesstoß gegeben hatte. Auch die jetzige erschien gefährdet: einerseits vom kommunistischen Pöbel der Hauptstadt bedroht, andererseits von rastlosen orleanistischen und imperialistischen Gegnern mit der Hoffnung auf Gelegenheit belauert. Wir freuen uns, daß die Republik aus dieser Not schließlich wohlbehalten hervorgegangen ist und sich als bis auf

weiteres gesichert betrachten kann — wir freuen uns darüber nicht, weil die Republik das Beste für Frankreich, sondern weil eine französische Republik das Beste für Deutschland und alle ihre Nachbarn ist. Der Kongreß oder die Nationalversammlung trat, nachdem die Gruppen der republikanischen Partei im Pariser Parlamentsgebäude durch vorläufige Abstimmung über einen Kandidaten für alle ihre Kräfte gemessen hatten, am Tage nach Grebys Auszug aus dem Elysee in Versailles zur Wahl eines Nachfolgers zusammen, und das Ergebnis war befriedigend: es wurde zuletzt ein wenig bekannter, aber durchweg als tüchtig bekannter Politiker von republikanischer Gesinnung mit dem Mantel der höchsten Autorität bekleidet, Sadi Carnot, kein Redner, kein ehrgeiziger parlamentarischer Ränkeschmied, aber ein ehrlicher, geschäftskundiger Mann, und man sah dabei, daß in der republikanischen Partei, und zwar selbst unter ihren Führern, sogar unter den Opportunisten, noch Leute vorhanden sind, welche ihr Interesse, wenn die Not es verlangt, dem des Staates unterzuordnen fähig sind. Die vorläufigen Abstimmungen der Republikaner in Paris hatten gezeigt, daß Ferry die meisten Stimmen der Partei für sich hatte, aber nicht so viel, daß er ohne Unterstützung der Rechten auf schließlichen Erfolg rechnen konnte. Jetzt kam ihm bei der ersten Abstimmung Freycinet, begünstigt auch von den Radikalen, sehr nahe, indem er bei 553 Abstimmenden nur zwanzig Stimmen weniger hatte als Ferry. Die Stärke der Rechten erwies das Votum von 148 Stimmzetteln, welche den Namen des Generals Sauffier trugen, obwohl dieser Kandidat der Orleansisten jede Wahl seiner Person im voraus abgelehnt hatte. Die beiden Bewerber, welche so in erster Reihe von der republikanischen Partei gewählt wurden, waren nicht nach dem Geschmacke des Teiles der öffentlichen Meinung, welche durch andre Gruppen der wählenden Versammlung vertreten war. Viele nahmen Anstoß an Freycinets zu engem Zusammenhalten mit Boulanger und an seiner Hinwendung zu den Radikalen, während andre in Ferry einen Kandidaten erblickten, der nach seiner Vergangenheit als Minister, seiner klerikalen Politik, seinen kostspieligen und erfolglosen Abenteuern in Ostasien, seiner Unbeliebtheit bei der großen Masse in Paris und seiner angeblichen Neigung zur Unterordnung unter den Willen des deutschen Reichskanzlers nichts Gutes versprach. Führen diese beiden Staatsmänner fort, auf Grund ihrer Aussichten zu beharren, so stand zu befürchten, daß die Minoritäten sich vereinigten, um die Wahl auf eine Persönlichkeit zu lenken, die ohne Ansehen war und von der öffentlichen Stimmung mit Ausbrüchen von Verdruß und Entrüstung empfangen wurde. Unter diesen Umständen vereinigten sich Ferry und Freycinet, um jenes Beispiel der Selbstverleugnung zu geben, welches wir nur für wünschenswert halten, aber kaum erwarten konnten. Ferry kündigte seine Absicht an, von der Bewerbung zurückzutreten, wenn Sadi Carnot gewählt würde, dessen Kandidatur inzwischen einigermaßen in den Vordergrund gerückt war, und dessen Name

vergleichsweise wenig Widerspruch hervorrief. Ferry, die bête noire der Boulevardpolitiker, gab hierbei zweihundertundzwoölf sichere Stimmen auf. Freycinet, der allerdings vorläufig nur sechsundsiebzig Stimmen auf dem Altare des Vaterlandes oder der republikanischen Partei zu opfern, aber in weiterem Verlaufe der Wahlhandlung erheblich mehr zu hoffen hatte, folgte dem guten Beispiele, und das Ende war, daß Sadi Carnot als der Erwählte der republikanischen Partei und der Mehrheit des ganzen Kongresses aus der Urne hervorging. Bei der ersten Abstimmung stimmten von den 849 Wählern allerdings nur 303 für ihn. Bei der zweiten war aber die Zahl der Wählerschaft etwas zusammengeschmolzen, da die Urne bei der Auszählung 20 unbeschriebene Zettel aufwies, und jetzt bekam Carnot 616 Stimmen gegen 188, die auf Saussier, 10, die auf Ferry, 6, die auf Freycinet, und einige andre, die auf weniger bekannte Persönlichkeiten fielen. Das war natürlich entscheidend, und so erhob sich Leroyer, der Vorsitzende der Versammlung, und sagte: „Nachdem Herr Sadi Carnot die Mehrheit der Stimmen erlangt hat, erkläre ich ihn zum Präsidenten der Republik,“ worauf die Sitzung des Kongresses geschlossen wurde.

Der neue Präsident ist eine zwar bisher wenig hervorgetretene, aber keineswegs unbekanntere Persönlichkeit. Durch seine Herkunft verknüpft er die Erinnerungen an das erste Kaiserreich mit der Gegenwart. Sein Großvater war ein sehr tüchtiger Kriegsminister des ersten Napoleon. Er selbst, 1837 geboren, also erst fünfzig Jahre alt, und wie Freycinet ursprünglich Zivilingenieur, beteiligte sich seit 1871 am parlamentarischen Leben und war darauf im Kabinet Freycinet, sowie später unter Brissson Finanzminister. Er hat sich in kaufmännischen und Bankfragen ausgezeichnet, desgleichen in den Zweigen der öffentlichen Arbeiten, welche mit seiner berufsmäßigen Bildung zusammenfallen; auch ist er Übersetzer von Schriften des englischen Philosophen Stuart Mill. Seiner Parteifarbe nach gehört er zu den Opportunisten oder richtiger zu den gemäßigten Republikanern. Seine Wahl überraschte, befriedigte aber auch das französische Publikum und zwar, wie es scheint, mit Einschluß der Radikalen. Selbst Rochefort und der Intransigeant machen dazu eine gute Miene, was sich freilich sehr bald ändern kann, wenn der neue Präsident sich weigert, der Partei ihren Willen zu thun. Hören wir einige der Urteile, mit welchen französische Blätter ihn zu charakterisiren versuchten. Das Journal des Débats weist vorzüglich darauf hin, daß er gerade darum gewählt wurde, weil er sich nicht vorgebrängt hatte und wenig beachtet im Schatten stand. Es sagt: „Niemand hat er eine Rolle von großer Bedeutung gespielt, und es ist sicher, daß man ihn, wenn er eine glänzendere Figur gemacht hätte, wenn sein politisches Leben ein thatenreicheres, sein Charakter ein streitlustiger gewesen wäre, nicht gewählt haben würde. Sein Erfolg ist verschiedenen Ursachen zuzuschreiben. Die Hitze des mehrere Tage währenden Wahlkampfes, die Heftigkeit der Angriffe auf Persönlichkeiten, die mehr im Lichte standen, die verhältnismäßig lange

Dauer der Präsidentschaftskrisis, durch welche gewisse Kandidaturen schon vor der Wahl abgenutzt wurden — alles das hat viel zum Siege eines Konkurrenten beigetragen, der umso weniger Haß und Eifersucht erweckte, je tiefer er im Hintergrunde stand.“ Die République Française begrüßte den Erwählten des Kongresses mit folgenden Worten: „Sadi Carnot ist ebensowenig der Präsident der radikalen Linken (die ihn in Anspruch genommen hatte, weil sie bei dem Wahlaкте einmütig für ihn ins Zeug gegangen war) als der republikanischen Union oder der republikanischen Linken; er ist der Wächter der republikanischen Verfassung, und nach den schrecklichen Sturmläufen, welche die Exekutivgewalt in den letzten Wochen auszuhalten hatte, kann ein Republikaner, der dieses Namens würdig ist, keine andern Gedanken und keine andre Sorge haben, als die erste Beamtenstellung im Staate wieder zu befestigen.“ Clemenceau zündete in seiner Justice den Radikalen und damit sich selbst ein Weihrauchopfer an, indem er sich vernehmen ließ: „Der Boden ist rein gefegt von den Unternehmungen und Ränken einer Handvoll von Leuten mit persönlichen Interessen. Wollten doch die Republikaner fortan die Notwendigkeit begreifen, sich in gemeinsamer Anstrengung zu Reformen zu einigen. Wenigstens die Radikalen haben ihre Schuldigkeit gethan. Sie haben zweimal den Interessen des Landes mit vollkommener Nichtbeachtung ihrer persönlichen Interessen gedient.“ Im Dithyrambenstil verherrlicht der Rappell, wie es dem Organe des Hauses Viktor Hugos geziemt, die Wahl Carnots folgendermaßen: „Sie bedeutet Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit, Unbestechlichkeit. Sie bedeutet auch Frieden. Sobald sie bekannt wurde, verbreitete sich über Paris Ruhe. Die Aufregung, welche der unerhörte Scherz seines Vorgängers gegenüber dem Parlamente und dem Lande am Tage vorher hervorgerufen hatte, der Scherz, daß der Präsident erstem ein Stellbichein vorschlug, um ihm zu sagen, daß er ihm nichts zu sagen habe, hörte plötzlich auf, und die Welt that einen tiefen Seufzer der Erleichterung. Das Ergebnis der endgiltigen Abstimmung wurde mit dem unermesslichen Rufe: Es lebe die Republik! bewillkommenet. Diese von allen Republikanern und von den Republikanern allein getroffene Wahl wird nicht nur die lebendige, die fortlebende Republik, sondern die genesene, die gesunder gewordene, die gestärkte Republik sein.“ Die Lanterne jubelt nicht so und freut sich mit Vorbehalt und etwas säuerlicher Miene, indem sie bemerkt: „Gewiß hätten wir für die Präsidentschaft unsers Gemeinwesens einen Mann von größerer Bekanntheit vorgezogen und einen solchen, welcher der radikalen Partei näher stünde. Mit tiefem Bedauern haben wir die Kandidatur Floquet verschwinden sehen. Aber Herr Carnot kann gerade wegen seiner neutralen Natur ein ganz annehmbarer Präsident sein. Nach Grevy, der zuviel regierte [wirklich? wir meinten zu wenig] und zu oft aus der ihm von der Verfassung zugewiesenen Rolle heraustrat, thut es not, daß im Elysée — da die Verfassung nun einmal einen Präsidenten verlangt — ein Mann sitzt, welcher sich an seiner Stelle zu halten, in

seiner Rolle zu verbleiben weiß und sich weder in die Rechte des Landes, noch in die Willensäußerungen der Volksvertretung Eingriffe erlaubt.“ Der Radical endlich stellt Carnot folgendes Zeugnis aus: „Ein gemäßigter Republikaner wie Grevy, hat Carnot vor diesem den Vorzug der politischen Redlichkeit, die über jeden Verdacht erhaben ist. Er wird nicht nur den Buchstaben, sondern auch den Geist der Verfassung achten, er wird stets den Willen des Parlaments zur Richtschnur nehmen, wenn es gilt, die Minister zu ernennen, welche diesen Willen auszuführen bestimmt sind.“

Wir sagen dazu: Diese augenblickliche Übereinstimmung aller Gruppen der republikanischen Partei ist zu einstimmig, um an lange Dauer glauben zu lassen, sie war eine notgedrungene für die Radikalen und Extremen, und Art läßt nicht von Art. Die Radikalen werden nicht abrüsten, und die jetzige Eintracht unter den Republikanern wird sofort in die Brüche gehen, wenn der Präsident sich mit einem Ministerium umgiebt; denn selbst das beste wird es nicht allen recht zu machen imstande sein, schon weil alle am liebsten selber im Ministerium saßen. Dann aber wird sich das alte Spiel wiederholen, nur mit dem Unterschiede, daß jetzt ein Präzedenzfall vorliegt, nach welchem der parlamentarische Moloch befugt ist, nicht bloß Kabinette, sondern auch Präsidenten zu verschlingen. Carnot mag ein sehr tugendhafter Herr sein, aber mit der Tugend allein ist es hier nicht gethan. Es wäre besser für Frankreich, wenn man ihm ungewöhnliche Umsicht und Energie nachrühmen dürfte. Da man dies nicht kann, ist für ihn keine so lange Dauer als Staatsoberhaupt, wie Grevy sie aufzuweisen hatte, und für die Republik keine so stetige und erfolgreiche Politik zu erwarten, wie dieser sein Amtsvorgänger sie treiben konnte. Entspricht er den Hoffnungen der radikalen Blätter, so werden die wechselnden Mehrheiten der Kammer regieren, und schlecht regieren. Entspricht er ihnen nicht, so wird er gehen müssen. Die Republik ist mit der Krisis nicht stärker, sondern schwächer geworden, und das ist gut für den Weltfrieden. Das Kaisertum von 1852 wollte der Friede sein und war der Krieg, bis es in ihm unterging. Die Republik, wie sie sich in den letzten Wochen gestaltet hat und weiter gestalten wird, wird wirklich der Friede sein, der Friede aus innerer Schwäche, aus Uneinigkeit, aus Unstetheit, aus zu viel Parteileben und zu wenig Staatsleben. Wenn der Zar, dessen Besuch in Berlin mit der Krisis in Paris zusammenfiel, jemals im Ernste an ein Bündnis mit Frankreich gedacht hat, so müssen die letzten Wochen dem Traume ein gründliches Ende bereitet haben. Er wußte bereits, daß dort Ministerium auf Ministerium wie Butter an der Hitze der Parteileidenschaften, der Sucht nach Wechsel, des Strebertums hinwegschmolz, aber er mag sich vorgestellt haben, daß in der siebenjährigen Dauer eines festgesinnten und begabten Präsidenten wenigstens einige Sicherheit im Taumel und einiger Grund zu Vertrauen gegeben sei. Hiermit ist's jetzt, wenn nicht alles täuscht, zu Ende. Die Republik wird jetzt vermutlich ganz werden, was

sie bisher halb war, die Beute eines Schwarmes zwerghafter oder mittelmäßiger Politiker, zu vergleichen mit dem schlafenden Riesenleibe Gullivers, an welchem die Liliputaner auf Reitern auf- und abklettern.



für die Postsparkasse.



ei Besprechung des Sparkassenwesens brachte jüngst eine der gelesesten Zeitungen Deutschlands die Mitteilung, daß in Westpreußen auf 268 Quadratkilometer, in Ostpreußen auf 298 Quadratkilometer, im Bezirk Dresden aber auf 80 Quadratkilometer eine „Sparstelle“ komme.

Gäbe es Karten von Deutschland, die alle Orte und Wohnstätten enthielten, die Ortsnamen aber in Farbe verschieden darnach, ob sie Sparkassen haben oder nicht, so würde die schwarze Farbe, wenn sie für die Orte ohne Sparkasse gewählt wurde, gar sehr vorherrschen. Sachsen und andre mit Sparkassen angeblich gut versorgte Landschaften blieben immer noch recht dunkel. Flächen von 80 Quadratkilometern, etwa $5\frac{1}{2}$ Quadratsunden gleich, sind in dicht bevölkerten Landstrichen mit 60 und mehr Gemarkungen (Gemeinden) bedeckt; die größte derselben hätte dann eine Sparkasse, die andern 59 Orte hätten keine.

Wenn in einem Lande, das, wie Deutschland, hervorragendes leistet in Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände, auch nur die Hälfte seiner Einwohner den Segen der Sparkassen entbehren muß, weil es an solchen mangelt, so ist dieses eine große Ungerechtigkeit, die zu beseitigen eine dringende Pflicht ist. Wessen Pflicht? Zunächst der Selbsthilfe und Selbstverwaltung; beide haben auch in Gründung und Fortführung von Sparkassen großes und mehr vollbracht, als dem Staate möglich gewesen wäre. Da aber trotz dieser seit einigen Menschenaltern rühmlich bethätigten Wirksamkeit des Volkes noch große Lücken im Sparkassenwesen bestehen, so werden die Sparkassen auch etwas Staatshilfe bedürfen, um den vermehrten und erhöhten Anforderungen an Sparkassen zu entsprechen und wenigstens beim Sparen Vorrechte und Beschränkungen zu beseitigen. Wie der Reiche seine Kapitalien in Wertpapieren und in Sparkassen bergen kann, so muß auch der Arme Gelegenheit haben, seine Sparpfennige, abseits von dem Drange der Tagesausgaben, vor Anfechtung zu bewahren. Dieses könnte wohl schon mittels Pfennigsparkassen geschehen, allein diese müssen in den meisten Orten unterbleiben, weil es allzuoft an den Männern fehlt, die bereit und geeignet wären, diese kleinen Klassen so zu führen, daß keinerlei